

Karlsruhe, im März 2008

## Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

erst ein zusätzliches 6. Dezernat in Höhe von 500.000 Euro jährlich schaffen, wenig später eine „Globale Minderausgabe“ mit Kürzungen u.a. bei den Vereinen durchsetzen wollen. Wie das zusammenpasst bzw. gerade nicht zusammenpasst lesen Sie in dieser Ausgabe. Darüber hinaus finden Sie Informationen zum Nachtragshaushalt 2008 sowie Berichte über die Aktivitäten der SPD-Fraktion in den vergangenen Monaten.

Für weitere Informationen über die Arbeit der SPD-Fraktion und die Zusendung bisheriger Ausgaben des SPD-Reports wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle. Den Report finden Sie auch auf unserer Homepage. Stellvertretend für die SPD-Fraktion wünschen wir Ihnen ein schönes Frühjahr!



Doris Baitinger  
Fraktionsvorsitzende



Dr. Florian Furtak  
Fraktionsgeschäftsführer

## Globale Minderausgabe trifft alle - 6. Dezernat bleibt unangetastet -

**Blicken wir zurück:** In der letzten Ausgabe des SPD-Reports hatten wir ausführlich über die Entscheidung zur Schaffung eines zusätzlichen 6. Dezernats gesprochen, dass den Karlsruher Steuerzahler 500.000 Euro pro Jahr kosten wird. Ein Argument der Befürworter war, man könne sich ein 6. Dezernat wieder finanziell leisten. Seit der Entscheidung sind wenige Monate vergangenen, doch jetzt heißt es plötzlich zum Nachtragshaushalt 2008, der im Mai oder Juni verabschiedet werden soll: „Wir müssen aufgrund der sich abzeichnenden Verschlechterung der Haushaltslage sparen“, und zwar durch eine sogenannte „Globale Minderausgabe“ in Höhe von rund 8,5 Mio. Euro in 2008. Betroffen von den Einsparungen werden u.a. auch die Vereine, Verbände und Institutionen im Sozial-, Kultur- und Sportbereich sein. **Ihnen drohen Kürzungen ihrer Zuschüsse in Höhe von 2,5%. Das macht mehr als nur ein paar Cent aus!**



indes nicht auf der Liste der einzusparenden Ausgaben.

Das zusätzliche 6. Dezernat, dessen Notwendigkeit überhaupt nie belegt, und dass nur für die Versorgung der FDP mit einem Bürgermeister-Posten geschaffen wurde, steht

Das Problem der „Globalen Minderausgabe“ ist, dass über alle Ämter hinweg eingespart wird. Es wird nicht geschaut, wo tatsächlich Einsparpotential vorhanden ist und wo nicht. Die Verwaltung bestimmt, wo gekürzt wird. Das Königsrecht des Gemeinderats, der Haushalt, wird damit ein gutes Stück weit ausgehebelt.

Die Haushaltslage ist in der Tat nicht mehr so gut wie vor zwei Jahren. Es gibt jedoch Ausgaben, die sehr wichtig sind, wie z.B. mehr Personal bei der BUS, um die Bürgerfreundlichkeit zu verbessern. Darüber hinaus gibt es bei den Horten in den Stadtteilen für das Schuljahr 2008/2009 einen Bedarf von zusätzlich 20 Personalstellen in Höhe von rund 1 Mio. Euro, um die Betreuung der Kinder sicherzustellen. Andererseits gibt es jedoch auch Ausgaben, die absolut nicht notwendig sind; dazu zählen die 500.000 Euro jährlich für das neue Dezernat.

### Anträge der SPD für den Nachtragshaushalt 2008

1. Die Zuschüsse an die Vereine, Verbände und sonstigen Institutionen in den Bereichen Soziales, Sport und Kultur werden im Rahmen der Umsetzung der Globalen Minderausgabe **nicht** gekürzt.
2. Bei der Sozial- und Jugendbehörde (SJB) werden 20 zusätzliche Stellen für die Betreuung in Schülerhorten geschaffen.
3. Bei Bürgerservice und Sicherheit (BUS) werden 5 zusätzliche Stellen zur Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit geschaffen.

## Blaue Tonne – SPD fordert Unterstützung für die Vereine



Durch die jüngste Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg, den Weg für die „blaue Tonne“ frei zu machen, müssen viele Vereine, die mit dem Altpapiererlös ihre Jugendabteilungen finanzieren, deutliche Einbußen befürchten. Darüber hinaus ist durch

die Einführung der blauen Tonne mit einer Erhöhung der Abfallgebühren zu rechnen.

Die SPD-Fraktion ruft dazu auf, Solidarität mit den Vereinen zu zeigen. Denn von einer durch den Erlös von Altpapiersammlungen finanziell unterstützten Jugendarbeit profitiert die ganze Gesellschaft. Doch auch die Stadt muss Unterstützung leisten und soll deshalb entsprechende Ideen und Konzepte liefern (siehe Antrag).

Die SPD-Fraktion hat in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Karlsruher Bürgervereine vom 28. Februar 2008 angeregt, über Sammelpunkte für Altpapier in den Stadtteilen nachzudenken, damit Bürger, die nicht auf den nächsten Sammeltermin warten möchten, ihr Altpapier dort deponieren können – dieses dort deponierte Altpapier kann dann ebenfalls von den Jugendabteilungen eingesammelt werden.

Enttäuscht ist die SPD darüber, dass es im Gemeinderat keine einheitliche Linie gegen die blaue Tonne gibt. „Ich kann nicht verstehen, so die **Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger**, dass sich ein Kollege von der FDP lauthals über die Entscheidung des Gerichts freut – dies müssen die Vereine und ihre Jugendabteilungen als Schlag ins Gesicht werten.“

### Antrag der SPD-Fraktion vom 29. Februar 2008:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, Ideen und Konzepte zu entwickeln, wie die Vereine, die durch den Altpapiererlös ihre Jugendarbeit finanzieren, unterstützt werden können.
2. Die Stadtverwaltung bezieht die Wohnungsbauunternehmen mit ein.
3. Die Stadtverwaltung prüft insbesondere, wie die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt werden können, ihr Altpapier weiterhin den Jugendabteilungen der Vereine zur Verfügung zu stellen.
4. Die Stadtverwaltung berichtet über ihre im Herbst 2007 zugesagten Bemühungen, den Sammeltakt in den Stadtteilen zu verdichten.
5. Falls in den Stadtteilen durch von den Bürgervereinen und/oder den Vereinen betriebene Sammelstellen eingerichtet werden, leistet die Stadt Unterstützung.
6. Die Stadtverwaltung setzt sich beim Land und beim Bund für eine Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes ein.

## SPD will Vereine von Gebühren befreien

Vereine, die gelegentlich alkoholfreie Getränke und/oder Essen anbieten, müssen eine Ausnahme von der Reise-gewerbekartenzpflicht entsprechend § 55 a Abs. 1 Nr. 1 Gewerbeordnung beantragen. Für diese Erlaubnis wird eine Gebühr von 20 Euro pro Tag erhoben. In der letzten Zeit mehren sich die Beschwerden, insbesondere von Sportvereinen, über diese Gebührenerhebung. Und in der Tat ist es schwer verständlich, wenn Gebühren auch dann entrichtet werden müssen, wenn der Verkauf von Getränken keinen kommerziellen Charakter hat, sondern lediglich darauf abzielt, einigen wenigen Zuschauern von Veranstaltungen eine Erfrischung zu bieten. Oftmals werden nur zwischen 50 und 100 Euro Umsatz gemacht, wovon die Hälfte für den Einkauf abgezogen werden muss. In solchen Fällen fallen 20 Euro Gebühr schwer ins Gewicht.

Mitte Januar hatte die SPD an OB Fenrich geschrieben mit der Bitte, nach Möglichkeiten einer Gebührenbefreiung für Vereine zu suchen. Die Antwort lautete: „Die Vereine können sich die Gebühren ersparen, wenn sie die Speisen und Getränke kostenlos – ggf. gegen eine freiwillige Spende abgegeben.“ Dieser Vorschlag ist realitätsfremd. Es gibt jedoch eine Möglichkeit, wie möglicherweise den Vereinen ganz konkret geholfen werden kann. Die Gebühr von 20 Euro basiert auf der „Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung von Gebühren für die Wahrnehmung von Aufgaben als untere Verwaltungsbe-

hörde und als untere Baurechtsbehörde“. § 4 der Satzung regelt den Kreis der Fälle, bei denen eine Gebührenbefreiung erfolgen kann. **§ 4 Abs. 4 lautet:**

**„Von der Erhebung einer Gebühr kann ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn die Festsetzung der Gebühr nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre.“**

Diese Regelung gilt es auf die Vereine anzuwenden. Denn es ist „unbillig“ (hart) für einen Verein, 20 Euro Gebühren zu zahlen, wenn sein Umsatz, den er während einer Veranstaltung macht, nur unwesentlich darüber liegt und er darüber hinaus, weitere Auslagen zu tragen hat (z.B. Bezahlung eines Hausmeisters).

In einem weiteren Schreiben an OB Fenrich Anfang März fordert dann auch die SPD-Fraktion mit Nachdruck, dass die Stadt im Falle eines Bagatellumsatzes eines Vereins bei der Abgabe von alkoholfreien Getränken und Speisen von der Möglichkeit der Gebührenbefreiung gemäß § 4 Abs. 4 der städtischen Satzung Gebrauch macht. Als Grenze für den Bagatellumsatz schlägt die SPD 200 Euro vor. **Mit diesem Vorschlag sollen die Vereine, die ehrenamtlich eine hervorragende Arbeit für die Gesellschaft leisten, sowohl finanziell als auch von der Bürokratie her entlastet werden.**

## Große Resonanz bei Kulturforum

Auf große Resonanz stieß das **1. Kulturpolitische Forum der SPD-Gemeinderatsfraktion**. Rund 20 Vertreterinnen und Vertreter aller namhaften Karlsruher Kulturorganisationen diskutierten mit den SPD-Stadträten über die Kulturpolitik in Karlsruhe. Gelobt wurde die Verlässlichkeit der Stadt und die Kompetenz des Kulturamtes, kritisiert hingegen die Arbeit des Stadtmarketing. Dieses habe es nicht geschafft, das „Produkt“ Karlsruhe gut nach außen zu verkaufen.

Für das Tollhaus stellte Geschäftsführer Bernd Belschner fest, dass die Kultur eine untergeordnete Rolle in der Stadtverwaltung spiele und bei Zielkonflikten immer den Interessen der Wirtschaft der Vorzug gegeben würde. Mehr Selbstbewusstsein der Kulturschaffenden forderte indes der Prorektor der Hochschule für Gestaltung, Uwe Hochmuth, ein. Er wies darauf hin, dass die Kultur ein „öffentliches Gut“ sei und deshalb zu recht subventioniert werde.

Kritisch wurde von allen Seiten angemerkt, dass es von städtischer Seite immer noch nicht gelungen sei einen zentralen Kalender, der alle Veranstaltungen der Karlsruher Kulturorganisationen umfasst, auf eine Internetplattform zu stellen, um damit Terminüberschneidungen zu verhindern.

Einen breiten Raum nahm das Thema Heranführung von Kindern und Jugendlichen an die Kultur ein. Eine gute Sache, so stimmten alle überein, sei in diesem Zusammenhang das von der Stadt in Gang gesetzte Projekt Schule und Kultur. Zum Abschluss forderte **Stadträtin Elke Ernemann** die Kulturträger auf, sich verstärkt an die Politik zu wenden und zwar kontinuierlich und nicht nur alle zwei Jahre vor der Verabschiedung des städtischen Haushalts. **Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger** versprach für die SPD-Fraktion, den Kulturschaffenden weiterhin mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und ihre Interessen gegenüber der Stadtpolitik zu vertreten.

## SPD vor Ort in Hagsfeld

### - Kindergarten, Schule, Sport und Kultur -

Über eine rege Teilnahme der eingeladenen Institutionen konnte sich die SPD-Gemeinderatsfraktion bei ihrer **Veranstaltung in Hagsfeld** freuen. Dieses Mal stand nicht das Thema Verkehr, sondern, wie der Hagsfelder SPD-Ortsvereinsvorsitzende und ehemalige Landtagsabgeordnete **Günter Fischer** bei seiner Begrüßung deutlich machte, die Themen Kindergarten, Schule, Sport und Kultur im Vordergrund. In die Diskussion führten die **Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger** sowie die **Betreuungsstadträtin Angela Geiger** mit einer aktuellen Analyse der Situation Hagfelds ein.



Über die Lage der Kindergärten in Hagsfeld informierte die Leiterin des evangelischen Kindergartens „Villa Kunterbunt“ in der Schwetzingenstraße, Gerlinde Geier. Fast täglich würde das Telefon klingeln und von Eltern der Wunsch nach einem Platz geäußert werden. Die Kapazität sei jedoch erschöpft, weshalb es eine lange Warteliste gäbe. Eine Erweiterung der Räumlichkeiten sei leider nicht machbar. Der Vorsitzende der Bürgerkommission Hagsfeld, Thomas Schäffner, regte daraufhin die Prüfung

von Erweiterungsmöglichkeiten des evangelischen Kindergartens in der Höfäckerstraße oder des katholischen Kindergartens „Bruder Klaus“ in der Waldeckstraße an.

Die Situation der Hagsfelder Grundschule sei, so deren Rektorin Gertrud Kerscher, insgesamt zufriedenstellend. Das Mittagessensangebot werde mit über 30 Essen pro Tag gut angenommen. Schulräume seien ausreichend vorhanden, die notwendigen Sanierungen laufen. Von den Grundschulern eines Abschlussjahrgangs wechseln 40 % aufs Gymnasium (städtischer Durchschnitt 60 %), 20 Prozent auf die Realschule und 40 % auf die Hauptschule. Der stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins der Grundschule, Dietmar Gräbe, kritisiert die mangelnde Versorgung mit Lehrern und mit Förderunterricht. Zustimmung erhielt er vom SPD-Landtagsabgeordneten Johannes Stober, der für den Mangel die CDU-geführte Landesregierung und ihre Verweigerungshaltung verantwortlich machte.

Für den Sport appellierte der Vorsitzende der VTH, Bernd G. Weber, an die Fraktion, sich für einen Bürokratieabbau einzusetzen. Es verleihe einem Aktiven jedwedes ehrenamtliche Engagement, wenn man sich mehr um die Bürokratie als um die eigentlichen Vereinsaufgaben kümmern müsse. Weber forderte darüber hinaus ein Förderprogramm für Übungsleiter, denn diese würden eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Kinder spielen. Für die Kulturvereine in Hagsfeld regte der Vorsitzende des Gesangsvereins Liederkrantz, Günter Fischer, an, dass die Stadt Karlsruhe ihre Zuschussrichtlinien überarbeiten solle. Er forderte, die bislang praktizierte Pro-Kopf-Bezuschussung durch eine individuelle Förderung jedes Vereins zu ersetzen. Abschließend versprach **Doris Baitinger**, dass sich die Fraktion um die Betreuungssituation in den Hagsfelder Kindergärten kümmern werde.

### ■ Marin folgt Müllerschön



**Thomas Müllerschön** ist aus dem Karlsruher Gemeinderat nach 14 Jahren erfolgreicher Tätigkeit für die SPD aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden. Fraktionsvorsitzende **Doris Baitinger** bedauerte im Namen der SPD-Fraktion den Entschluss, da Thomas Müllerschön nicht nur über viele Jahre ein kompetenter Mitsprecher, sondern auch für die

SPD ein glaubwürdiger Vorkämpfer für die Themen Umweltschutz und erneuerbare Energien gewesen sei.

Für Thomas Müllerschön ist der Neureuter **Jürgen Marin** (Foto) nachgerückt, der bereits von 1999-2004 Mitglied im Gemeinderat war. Marin, Leiter einer Pflegeeinrichtung, wird die Kompetenz der Fraktion in gesundheitspolitischen Fragen verstärken. Zum Nachfolger Müllerschöns als stellvertretender Vorsitzender wurde der Durlacher **Hans Pfalzgraf** einstimmig gewählt.

### ■ Gespräch mit KVV-Chef Casazza

Ein gutes und konstruktives Gespräch führte die SPD-Gemeinderatsfraktion mit Dr. Walter Casazza, Geschäftsführer des Karlsruher Verkehrsverbundes (KVV). Vorausgegangen war ein Schreiben der SPD an Casazza, in dem diese Kritik am KVV aus der Bevölkerung aufgegriffen hatte.

Ausführlich wurde die Gefahrensituation im Kreuzungsbereich Nürnberger Straße/Ettlinger Allee diskutiert, da sich hier Mitte Januar zum wiederholten Mal in den vergangenen Jahren ein schwerer Verkehrsunfall unter Beteiligung einer Stadtbahn ereignet hatte. Dr. Casazza räumte ein, dass es ohne bauliche Maßnahmen keine Verbesserungen geben wird. Geplant sei deshalb, bis Herbst 2008 den Knoten so umzubauen, dass die Rechtsabbieger-Spur gesondert signalisiert und von der Geradeaus-Spur getrennt wird. Darüber hinaus soll eine neue separate Gleisquerung für Fußgänger und Radfahrer geschaffen werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion war das Thema Sicherheit in den Straßenbahnen. Casazza sicherte zu, alles dafür zu unternehmen, um mögliche Gewalttaten bzw. Vandalismus besser vorzubeugen. In den 50 Wagen, die bereits mit Video ausgerüstet sind, sei nichts mehr vorgefallen, so Casazza. Als weitere Neuerung sollen Piktogramme in den Wagen angebracht werden, die u.a. eine Notfall-Rufnummer anzeigen. Weitere Themen waren die Pünktlichkeit und das Verhalten der Fahrer gegenüber den Fahrgästen. Man sei hier auf einem gutem Weg; dies zeige der Rückgang der Beschwerden um rund 50 Prozent. Um weitere Verbesserungen zu erzielen, würden kontinuierlich Schulungen durchgeführt, so der KVV-Chef.

### ■ Ausbau der Schulanmeldung

Für eine gute Entwicklung der Kinder ist es unerlässlich, dass die Eltern im regelmäßigen Kontakt und Dialog mit der Schule stehen. Denn dadurch können negative Entwicklungen der Kinder früher erkannt und erfolgreich gesteuert werden. Leider gibt es Fälle, bei denen die Schulanmeldung (Pflicht!) der erste und einzige Kontakt von Eltern zur Schule bzw. zu den Lehrern gewesen ist. Deshalb sollte der Tag, an dem die Schulanmeldung stattfindet, so jetzt ein eingereicherter Antrag der SPD, zu einem Beratungs-, Informations- und Kontakttag ausgebaut werden. Dabei könnte u.a. auch über den vom Gemeinderat beschlossenen kommunalen Schulmittelfond informiert werden.

### ■ Solarpreis 2008 in Karlsruhe

Der Deutsche Solarpreis wird seit 1994 jährlich von der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien EUROSOLAR e.V. an Kommunen, Unternehmen, Einzelpersonen und Organisationen vergeben. Im Mittelpunkt stehen dabei herausragende innovative und kreative Leistungen für die Verbreitung Erneuerbarer Energien. Der deutsche Solarpreis 2006 wurde in Heidelberg, der Solarpreis 2007 in Kassel vergeben. Die SPD hat beantragt, dass die Stadt Karlsruhe, die ebenfalls in der „Solar-Bundesliga“ mitspielt, Ausrichter der Verleihung des deutschen Solarpreises 2008 wird.

### ■ Frühere Öffnungszeiten im Europabad

Mit der jetzt erfolgten Eröffnung des neuen Freizeitbades bzw. Europabades und der dadurch bedingten Schließung des Tullabades fällt das gut angenommene Angebot des Frühschwimmens weg. Nach bisherigen Informationen soll das Freizeitbad für den Personenkreis der Frühschwimmer nicht zur Verfügung stehen. Für die Bewohner der südlichen Stadtteile würde damit ein wesentliches und wichtiges Sportangebot wegfallen. Frühschwimmen ist deshalb zumindest an einzelnen Tagen im neuen Freizeitbad anzubieten.

Die SPD hat deshalb die Verwaltung in einem Antrag aufgefordert, die Geschäftsleitung der Bädergesellschaft zu veranlassen, im neuen Freizeitbad frühere Öffnungszeiten zumindest an einzelnen Tagen anzubieten

### ■ Veranstaltungshinweis

Am 31. März 2008 findet um 16.30 Uhr in der IHK Karlsruhe eine Veranstaltung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) und der Seniorinnen und Senioren in der SPD (60 plus) statt. Thema:

#### **Demographischer Wandel in Karlsruhe - Folgen und Perspektiven -**

Als Referenten konnten der Projektleiter „Demographischer Wandel“ der Bertelsmann-Stiftung aus Gütersloh sowie die Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung der Stadt Karlsruhe gewonnen werden.

